

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

- 1. Antrag der Abgeordneten Heide Mattischeck, Reinhard Weis (Stendal), Karin Rehbock-Zureich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Helmut Wilhelm (Amberg), weiterer Abgeordneter und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/7179 –**

Zukunft der Instandhaltungswerke der Deutsche Bahn AG

- 2. Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Dr. Hans-Peter Uhl, Dagmar Wöhlrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7147 –**

Instandhaltungswerke der Deutsche Bahn AG in Nürnberg und München erhalten

- 3. Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Wolfgang Dehnel, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7282 –**

Instandhaltungswerke der Deutsche Bahn AG in Delitzsch, Chemnitz, Opladen und Zwickau erhalten – neue Investoren für Stendal, Leipzig-Engelsdorf und Neustrelitz

- 4. Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/7158 –**

Neues Konzept für Ausbesserungswerke der Deutsche Bahn AG vorlegen

A. Problem

1. Die Bundesregierung soll ihren Einfluss im Rahmen des rechtlich Möglichen geltend machen, um möglichst viele Standorte und Arbeitsplätze im Bereich Wartung und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen der Deutsche Bahn AG (DB AG) zu sichern.
2. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie unter anderem anstreben, dass der Deutsche Bundestag die Initiative der bayerischen Landtagsfraktion der CSU sowie die Bemühungen der Betriebsräte und Belegschaft zur Erhaltung der Kompetenzen und der Arbeitsplätze in den DB AG-Ausbesserungswerken Nürnberg und München-Neuaubing begrüßen soll und er die Bundesregierung auffordert, in diesem Zusammenhang ihren Einfluss zu nutzen, um durch geeignete Maßnahmen eine Schließung zu verhindern.
3. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie unter anderem anstreben, dass der Deutsche Bundestag die Initiativen der Fraktion der CDU des Sächsischen Landtags, die Bemühungen der Sächsischen Staatsregierung sowie der Gewerkschaften und der Betriebsräte der Instandhaltungswerke in Delitzsch, Chemnitz und Zwickau, die Deutsche Bahn AG zur Korrektur des Vorstandsbeschlusses vom 26. Juni 2001 aufzufordern, der die Schließung der oben angeführten Instandhaltungswerke sowie des Werkes in Opladen vorsieht und fordert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf, ihren Einfluss zu nutzen, um durch geeignete Maßnahmen eine Schließung zu verhindern. Die Bundesregierung soll insbesondere dazu beitragen, dass die Arbeitsplätze in Delitzsch, Chemnitz, Opladen und Zwickau bestehen bleiben und Investoren für die Instandhaltungswerke in Stendal, Leipzig-Engelsdorf und Neustrelitz zu finden, deren Ziel es ist, vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten.
4. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie unter anderem anstreben, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, sich im Aufsichtsrat der DB AG über die beabsichtigte Schließung von Eisenbahnausbesserungswerken informieren zu lassen, die Schließungs- und Privatisierungspläne durch unabhängige Stellen prüfen zu lassen, die Gründe für die bisher erfolgten Änderungen unabhängig zu ermitteln und dem Deutschen Bundestag zu berichten, für die zügige Vorlage eines neuen Konzepts zu sorgen, das nicht im Verdacht willkürlicher oder zufälliger Entscheidungen steht und das die Unsicherheit an den betroffenen Standorten schnell beendet.

B. Lösung

1. **Annahme des Antrags – Drucksache 14/7179 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
2. **Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7147 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS**
3. **Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7282 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**
4. **Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7158 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS**

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags zu Nummer 1 und Annahme der Anträge zu den Nummern 2 bis 4.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7179 – anzunehmen,

den Antrag – Drucksache 14/7147 – abzulehnen,

den Antrag – Drucksache 14/7282 – abzulehnen,

den Antrag – Drucksache 14/7158 – abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Klaus Hasenfratz
Berichterstatter

Renate Blank
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Hasenfratz und Renate Blank

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die vier Anträge in seiner 198. Sitzung am 8. November 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung überwiesen. Die **Anträge auf Drucksache 14/7179, auf Drucksache 14/7147 und auf Drucksache 14/7158** hat er an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen. Den Antrag **auf Drucksache 14/7282** hat er an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7179 in seiner 121. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7179 in seiner 75. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

2. Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7147 in seiner 121. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion PDS.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7147 in seiner 75. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS.

3. Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7282 in seiner 121. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7282 in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP.

4. Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7158 in seiner 121. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/7158 in seiner 75. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlagen in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2002 behandelt. Er empfiehlt

- die Annahme des Antrags – Drucksache 14/7179 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7147 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS,
- die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7282 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und
- die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7158 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, es gebe zu allen Standorten der Instandsetzungswerke sowohl durch den Einsatz des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen als auch durch Gespräche des Bundeskanzlers mit dem Vorstand der DB AG im Einvernehmen mit den Gewerkschaften Fortschritte bei der Prüfung der Frage einer Steigerung der Produktivität unter Erhaltung der Arbeitsplätze und der Standorte. Für die Standorte Stendal, Leipzig-Engelsdorf und Halle-Ammendorf seien bereits Entscheidungen getroffen. Für die weiteren Standorte liefen noch Gespräche. Für diese Standorte gebe es großes Interesse verschiedener Privatinvestoren. Der Bund als Gesellschafter der DB AG habe von 1994 bis 2002 einen großen Beitrag zur Sicherung der Standorte und der sozialen Abfederung der Arbeitnehmer geleistet. Dies werde unter der Moderation der Bundesregierung auch zukünftig weiter geführt. Sie kritisierte die Forderungshaltung in den Anträgen der Opposition.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, gerade beim Standort Nürnberg rette sich die Bundesregierung über verschiedene Termine und den Wahltermin am 22. September 2002 damit hinweg, dass sie die Prüfung von Gutachten ankündige. Der Standort Nürnberg habe ein günstiges Kosten/Nutzen-Verhältnis. Die Entscheidung zur Schließung des Werkes Nürnberg sei doch längst getroffen, man pflege nur eine Verzögerungstaktik. Werde das Instandhaltungswerk in Nürnberg geschlossen, gebe es in Bayern kein Ausbesserungswerk für ICE mehr. In Bayern finde aber ein Sechstel des Schienenverkehrs statt und Bayern sei der größte Besteller.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, das Problem der Standortschließung sei zwischenzeitlich teilweise entschärft. Dies begrüße sie ausdrücklich. Es sei klar, dass nach der großen Zahl von Neuanschaffungen durch die DB AG Instandhaltung zukünftig nicht mehr in großem Umfang erforderlich sei. Entsprechend müsse seitens der DB AG zur wirtschaftlichen Konsolidierung eine Anpassung der Werkskapazitäten vorgenommen werden. Sie begrüßte, dass sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen frühzeitig eingeschaltet habe und dass Bemühungen im

Gange seien, Werke an Privatinvestoren zu übertragen und auf diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, dass sich der Vorstand der DB AG Gedanken um die Kostenstruktur seines Unternehmens mache und dabei auch die Instandhaltungswerke überprüfe, sei Ziel der Bahnreform gewesen. Es sei aber zu kritisieren, dass durch Schließungsbeschlüsse Unruhe hervorgerufen worden sei, obwohl es für einige Standorte bereits Kaufangebote von Mitbewerbern gegeben habe, die aber nicht hätten angenommen werden sollen, um Mitbewerber nicht zu stärken. Man fordere, eine seriöse, belastbare wirtschaftliche Analyse vorzunehmen und alle Möglichkeiten des Verkaufs an Dritte auszuschöpfen, bevor Schließungsbeschlüsse bekannt gemacht würden.

Die **Fraktion der PDS** führte aus, wenn die Bundesregierung es ernst meine mit der Verlagerung von Verkehr auf die Schiene, dann passe dies nicht mit der Schließung von Instandhaltungswerken zusammen. Sie könne auch nicht akzeptieren, dass bei der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland Instandsetzungswerke flächendeckend geschlossen werden sollten. Dies habe letztlich nur abgewendet werden können, weil die Länder und die Beschäftigten protestiert hätten und die Politik Druck gemacht habe.

Berlin, den 27. Februar 2002

Klaus Hasenfratz
Berichterstatter

Renate Blank
Berichterstatter

